

# Exekutive stand im Polit-Gewitter

Der Wädenswiler Stadtrat hat trotz herber Kritik der Fraktionen an der gestrigen Parlamentssitzung keine Antwort nachgeliefert, warum die Kosten für das Bushofdach «Wolke» aus dem Ruder liefen.

Lukas Matt

Ungewohnt geharnischte Worte musste sich die Wädenswiler Stadtregerung gestern Abend anlässlich der Sitzung des Gemeinderats im Untermosen-Saal anhören, als es um die stadträtliche Beantwortung von zwei Vorstößen zum noch immer nicht gebauten Witterungsschutz auf dem Bahnhofplatz ging.

Von einem «Debakel» sprach zum Beispiel einer der Interpellanten, Tobias Mani (EVP), der zusammen mit seiner Parteikollegin Rahel Sonderegger vom Stadtrat Auskunft zu den Kostenüberschreitungen beim Projekt «Wolke» verlangt hatte. «Wir wollen wissen, wer politisch und rechtlich für dieses Debakel verantwortlich ist», forderte Mani, der mit den Antworten der Exekutive nicht zufrieden war. Zudem sei die Frage, warum die «Wolke» statt 1,1 plötzlich 2,5

Mio. Franken hätte kosten sollen, vom Stadtrat schlicht nicht beantwortet worden. – Die Stadt hatte auf die drohenden drastischen Mehrkosten bekanntlich reagiert, indem sie das Projekt «Wolke» zur günstigeren zu realisierenden «Welle» herunterstufte.

Sukkurs erhielt die EVP von der FDP. FDP-Gemeinderätin Astrid Furrer gab ihrerseits kräftig Zunder: Sie sprach von einem «Trauerspiel ohne Ende» und einem «planerischen Irrlauf». «Die neuste Hiobsbotschaft ist, dass Teile des Daches bereits erstellt sind, aber eingelagert werden müssen, was auch wieder kostet», sagte Furrer weiter.

Im Vergleich dazu geradezu moderat hörte sich da die Kritik von Willy Rüegg (SP) an, der eine «unglaubliche Gerüchteküche» ausmachte, weil die Stadt nicht aktiv kommuniziere.

## Entscheid des Kantons steht aus

Der seit Frühling sich im Amt befindende Bauvorstand Heini Hauser (SVP) gab sich sichtlich Mühe, dem verbalen Proteststurm sachlich zu begegnen, auch wenn er die Äusserungen «als relativ happig» bezeichnete. Er betonte den Willen des Gesamtstadtrats, wonach der Witterungsschutz gemäss Abstimmungsvorlage aus dem Jahr 2006 realisiert werden soll. Man wolle den Tausenden von Buspassagieren «endlich ein Dach über dem Kopf geben». Allerdings

lebe man in einem Rechtsstaat, «und damit in einem Rechtsmittelstaat». Das neue Baubewilligungsverfahren für die «Welle» im Anzeigeverfahren sei aufgrund der Änderungen am Projekt nötig gewesen, nicht zuletzt «weil die Stadt eine gewisse Vorbildfunktion hat».

Diese neue Baubewilligung hatte Anwohner, welche bereits gegen die «Wolke» rechtlich vorgegangen waren, allerdings dazu legitimiert, erneut Rekurs einzulegen, was auch geschah, wie die «ZSZ» mehrfach berichtete. «Ohne diese erneute Baubewilligung hätte am Tag X ein Baustopp resultieren können», verteidigte Stadtrat Hauser das Vorgehen. Der Ball liege nun beim Kanton. Von diesem erwarte man in den nächsten Tagen einen Entscheid, mehr könne er dazu derzeit nicht kommunizieren.

Eine plausible Erklärung, warum die Kosten für die «Wolke» sich derart exorbitant vom ursprünglichen Betrag entfernten, lieferte der Bauvorstand mit der schriftlichen Interpellationsantwort aber nicht nach. «Die Abrechnung folgt dann viel später», sagte Hauser, was ihm einiges Gelächter einbrachte.

## Zankapfel Sicherheit

Ein zweiter zentraler Diskussionspunkt waren drei sicherheitspolitische Vorstösse. Vor allem die SVP-Interpellation zur angeblich fehlenden Sicherheit und der erhöhten Kriminalität und Ge-

fährdung der Bürger in einzelnen Quartieren löste einige scharfe Gegenstimmen aus. Die Formulierungen der SVP seien «teilweise haarsträubend», sagte etwa CVP-Gemeinderat Aurel Greter. Auch die EVP kritisierte den «Rundumschlag». Die SP unterstütze zwar das Anliegen für mehr Sicherheit, sagte Willy Rüegg, das Postulat der SVP sei hingegen hanebüchen.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Thomas Largiadèr hielt im Namen des Stadtrats fest, dieser sei nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. «Die Anzahl der Straftaten in Wädenswil ist gemessen an der Einwohnerzahl tiefer als im kantonalen Durchschnitt», erläuterte er. Eine Mehrheit des Rats war denn auch gegen eine Überweisung des SVP-Vorstosses.

## Polizei am Bahnhof prüfen

An die Exekutive überwiesen wurde hingegen das Postulat von Thomas Hartmann (SP), wonach geprüft werden soll, ob mit einem Polizeiposten am Bahnhof dort die Sicherheit verbessert werden könnte, dies nicht zuletzt dank der SVP, die geschlossen dafür stimmte. Hartmanns zweitem Vorstoss, die Strassen nachts länger zu beleuchten, wurde mit Argumenten wie «Lichtverschmutzung» und «Energistadt» begegnet. Hartmann kündigte an, einen modifizierten Vorstoss einzureichen.